

Religiöse Verschiedenheit und gesellschaftlicher Zusammenhalt

Bundesinnenminister Friedrich am 2. Regensburger Gespräch zur Religion in der Gesellschaft beteiligt

Zum zweiten Mal fand am 12. April 2011 das Regensburger Gespräch zur Religion in der Gesellschaft im Historischen Reichssaal des Alten Rathauses statt. Es befasste sich mit den normativen Grundlagen des gesellschaftlichen Zusammenlebens in religiöser und weltanschaulicher Verschiedenheit. Neben Bundesinnenminister Friedrich waren hochrangige Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler aus verschiedenen Konfessionen bzw. Religionen beteiligt, unter ihnen auch der Bamberger Professor für Öffentliche Theologie und designierte Landesbischof der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Bayern, Heinrich Bedford-Strohm. Die Tagung wurde von der Universität und der Stadt Regensburg getragen und von Prof. Bernhard Laux von der Fakultät für Katholische Theologie inhaltlich konzipiert und geleitet.

Unter großem Teilnehmer- und Medieninteresse wurden in zwei Vorträgen und zwei Gesprächsrunden zum einen die gesellschaftlichen und politischen Grundlagen des Zusammenlebens in religiöser Verschiedenheit, zum anderen die Herausforderungen, die sich daraus für die Religionen ergeben, thematisiert. Ein Podium widmete sich spezifisch dem Islam und der gegenwärtig in der Öffentlichkeit geführten Islamdebatte.

Bernhard Laux erläuterte die Zielsetzung des Gesprächs. Es gehe nicht um einen Religionsdialog über die *inneren* Glaubensüberzeugungen, deren Verständnis und Wahrheitsgeltung, sondern um die *äußere* Seite des Zusammenlebens verschiedener Religionen in einer Gesellschaft. Das wirft dennoch innere Fragen an die Religionen auf, nämlich wie sie mit dieser Situation der religiösen Pluralität umgehen – dass ihnen andere Religionen mit gleichem Wahrheitsanspruch und mit gleicher Relevanz für die Lebensgestaltung ihrer Mitglieder begegnen. Über diese Lernherausforderungen, die sich für die verschiedenen Religionen gleichermaßen, aber aus unterschiedlich Perspektiven stellen, und ihre jeweilige Bewältigung wolle man miteinander in ein respektvolles Gespräch kommen.

Bundesinnenminister Dr. Hans-Peter Friedrich verdeutlichte in seinem Eröffnungsvortrag die bleibende Bedeutung der Religion, die aber in der multireligiösen Gesellschaft nur noch bedingt gemeinsamer Bezugspunkt sein könne. Die Trennung von Religion und Staat sei Voraussetzung für die Religionsfreiheit der Bürger. Die weltanschauliche Neutralität des Staates sei allerdings „religionsfreundlich“ auszulegen, weil der Staat auf das wertorientierte Handeln der Bürgerinnen und Bürger angewiesen sei. Achtung, Toleranz und Anerkennung der verschiedenen Glaubensüberzeugungen und Weltanschauungen machten die pluralische Gesellschaft lebensfähig. „Dreh- und Angelpunkt unseres Handelns ist die Unantastbarkeit der Menschenwürde.“

Im Blick auf den Islam stellte er die Ziele der Islamkonferenz vor und betonte die Bedeutung der Einführung islamischen Religionsunterrichts an öffentlichen Schulen und islamischer Theologie an den Hochschulen, wies aber auch auf die Schwierigkeiten hin, die sich dort ergäben, wo die verfassungsrechtlich geforderten Merkmale von Religionsgemeinschaften noch nicht vorlägen. Hier werde nach pragmatischen Lösungen gesucht.

Tine Stein, Professorin für Politische Theorie an der Universität Kiel, bezog sich einleitend auf den Versuch Kaiser Karls V., durch das zweite „Regensburger Religionsgespräch“ die alte Einheit von Politik und der einen wahren Religion im Reich wieder herzustellen. Schon ein Jahrzehnt später begann mit dem Augsburger Religionsfrieden jedoch ein Weg des Zusammenlebens im Dissens, der schließlich zur umfassenden Anerkennung der Gewissens- und Religionsfreiheit und zur religiösen und weltanschaulichen Neutralität des Staates führte. Hierin komme nicht nur der Respekt vor der unantastbaren Würde des Einzelnen zur Geltung, sondern auch der Zweck des Staates, ein friedliches Zusammenleben unter der Bedingung des gesellschaftlichen Pluralismus zu gewährleisten.

Dennoch müssen Bürger in der Politik ihre Religion nicht ablegen, sondern bringen sie in die Debatte um das Gemeinwohl ein. „Gerade religiöse Überlieferungen führen ein besonderes Potential mit sich: manche moralische Empfindungen kommen in einer religiösen Sprache zu einem besonders klaren Ausdruck.“ Allerdings wird von den Bürgern im Umgang miteinander – gerade in religiöser Verschiedenheit – auch eine Haltung der Toleranz gefordert: der Respekt vor dem Anderen als Person, die in der Lage ist, eigene Gewissensentscheidungen zu treffen. Toleranz als innere Haltung kann jedoch vom Staat weder garantiert noch erzwungen werden, so wichtig sie für ein gelingendes Zusammenleben ist. Sie bleibt auf die innere Annahme durch die Religionen und die Bürgerinnen und Bürger verwiesen. Der Staat kann nur Gesetzesloyalität verlangen.

In einem kurzen Podiumsgespräch mit den Vortragenden sowie mit Heinrich Bedford-Strohm, Micha Brumlik und Knut Wenzel (Mouhanad Khorchide musste wegen Erkrankung kurzfristig absagen) wurden der Status der Religionsgemeinschaft, die Bedeutung des christlichen Erbes, die Symbolik des Kreuzes sowie die mühsamen Lernprozesse des Christentums hinsichtlich der Religionsfreiheit und der Toleranz, die Christen in politischer Hinsicht zu Demut mahnen, diskutiert.

In der ersten Gesprächsrunde am Nachmittag (Heinrich Bedford-Strohm, Micha Brumlik, Armina Omerika und Knut Wenzel; Moderation: Bernhard Laux) unter dem Titel „Eigene Wahrheit, andere Religion und säkulare Gesellschaft: Herausforderungen der Religionen und ihr Beitrag zur gesellschaftlichen Integration“ standen zwei Fragen im Zentrum:

- Wie verarbeiten die Religionen die Spannung zwischen eigenem Wahrheitsanspruch, der Begegnung mit den anderen Religionen und der säkularen Gesellschaft, die den Wahrheitsanspruch der Religionen dahingestellt sein lässt und welche Lernherausforderungen sind damit für sie verbunden?
- Welchen spezifischen Beitrag können die Religionen zum gesellschaftlichen Zusammenleben leisten?

Die zweite Gesprächsrunde (Levent Tezcan, Sonja Haug, Armina Omerika; Moderation: Mathias Rohe) war dem Islam in Deutschland, seiner Wahrnehmung und damit auch der Islamdebatte gewidmet. Sonja Haug berichtete im Plenum über Ergebnisse der empirischen Studie „Muslimisches Leben in Deutschland“, die sie im Auftrag der Deutschen Islam Konferenz (DIK) 2008/2009 durchgeführt hatte. Levent Tezcan setzte sich mit den Ursachen und Hintergründen einer sich verschärfenden Debatte, der zunehmenden Kritik am Islam und den wachsenden Vorurteilen auseinander und warnte vor der vereinfachenden und zumeist falschen Etikettierung gesellschaftlicher Prozesse und Konflikte unter dem Religionslabel. Armina Omerika stellte „multiple Identität und multiple Zugehörigkeit“ als Kennzeichen moderner Existenz und gerade von Migranten heraus. Sie plädierte

dafür, bei Muslimen nicht einseitig den Blick auf den Aspekt der religiösen Identität zu legen, da je nach Situation andere Lebensbereiche wichtig seien.

Bernhard Laux ging in seiner Abschlussreflexion auf den Zusammenhang von Vielfalt und Einheit ein. Vielfalt brauche eine Einheit, in der zumindest Konsens über den Umgang mit Differenz bestehe. „Wir müssen uns einig sein über den Wert und den Schutz der Freiheit, die auch und gerade die Freiheit der Andersdenkenden, Anderslebenden und Andershandelnden ist.“ Die Freiheit sichern wir nicht je für uns gegen die Anderen, wir können sie uns nur gegenseitig ermöglichen und erweitern.

Die Tagung wurde gefördert durch

- Regensburger Universitätsstiftung - LUCIA und DR. OTTFRIED EBERTZ
- Bundesamt für Migration und Flüchtlinge